

Huawei – Schlüsselkonflikt für die strategische Rivalität zwischen USA und China

Jens van Scherpenberg

5G und Huawei

Der neue, superschnelle Standard für Mobilfunknetze der 5. Generation (5G) bringt nicht einfach eine tausendfach höhere Datenübertragungskapazität und eine vielfach höhere Geschwindigkeit der Datenübermittlung, er ist vielmehr eine *transformativ* Technologie mit weitreichenden Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft eines Landes. Er ermöglicht völlig neue Geschäftsmodelle: die automatisierte Vernetzung von Industrieanlagen und Lieferketten im Zuge der Entwicklung der „Industrie 4.0“, im weiteren Sinne das „Internet der Dinge“ (internet of things – IoT), sowie neue Mobilitätskonzepte auf Basis autonom fahrender Fahrzeuge. Das künftige 5G-Netz kann im Wege des „network slicing“ für die verschiedensten Anforderungen konfiguriert – und parallel genutzt – werden. Das alles sind Nutzungen, für die die technische Übertragungs-Hardware nurmehr eine vergleichsweise einfache materielle Voraussetzung, die steuernde Software hingegen der entscheidende Faktor ist.

Wer über die entsprechenden technischen Fähigkeiten verfügt, solche hochkomplexen neuen Mobilnetze mit der ganzen Bandbreite ihrer künftigen Nutzungsmöglichkeiten zu errichten, gilt daher mit Fug und Recht als eine strategische industriepolitische Frage. Zugleich aber ist es von entscheidender Bedeutung, dass das neue 5G-Netz kostengünstig und zügig errichtet wird, denn die davon erwartete beträchtliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung fällt vor allem bei den vielfältigen dadurch ermöglichten neuen Geschäften an. Auf die schnelle Einführung des 5G-Netzes setzt vor allem die deutsche Industrie, die auf dem Gebiet der „Industrie 4.0“ bereits einen hohen Entwicklungsstand hat und deren Automobilkonzerne nichts weniger als eine Führungsrolle auf dem Weltmarkt für autonomes Fahren und neue, vernetzte Mobilitätskonzepte beanspruchen.¹

Und das lässt sich nur erreichen, wenn die deutschen Betreiber von Mobilfunknetzen, die die für 5G erforderlichen Frequenzen ersteigert haben und für den Aufbau des neuen Netzes zuständig sind, auf die beste, günstigste und am schnellsten



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

verfügbare Technik und Software zugreifen können. Hier ist derzeit das chinesische Unternehmen für Telekommunikationsausrüstungen und Software weltweit führend. Huawei hat auf der Grundlage seiner bisherigen Erfolge als Anbieter von Mobilfunktechnik auf dem nationalen und dem Weltmarkt und der dadurch erreichten Finanzkraft frühzeitig erhebliche Mittel in die Entwicklung der 5G-Technik investiert und damit erstmals eine chinesische Weltmarktführerschaft in einer Schlüsseltechnologie erreicht.

Ein zügiger Aufbau des 5G-Netzes, so dass es für alle denkbaren Anwendungen und damit verbundenen Geschäftsmodelle verfügbar ist, lässt sich ohne Huawei-Komponenten praktisch nicht verwirklichen. Das gilt umso mehr, als die 5G-Übertragungstechnik auf dem bisherigen 4G/LTE-Standard aufsetzt, der noch über längere Zeit fortbestehen wird und mit dem künftigen 5G-Standard harmonisieren muss. Das derzeit bestehende LTE-Netz in Deutschland (wie auch in den meisten anderen EU-Ländern) beruht jedoch bis zu 70% seiner Komponenten auf Huawei-Technik. Ein vollständiges Ausweichen auf andere Anbieter, die europäischen Unternehmen Ericsson und Nokia, die ohnehin nicht dieselbe umfassende Bandbreite der erforderlichen Komponenten abdecken können, wäre technisch extrem schwierig umzusetzen, käme erheblich teurer und ließe sich nur mit beträchtlicher Verzögerung realisieren.² Zudem würden die technischen Risiken eines Ausfalls von Komponenten oder eines Softwarefehlers um so mehr wachsen, je geringer die Zahl der Anbieter.

Das ist von der Netzwerktechnik her die Ausgangslage, mit der es die Politik in Deutschland und den anderen EU-Staaten zu tun hat.

Huawei-Technik – ein Sicherheitsrisiko?

Die große Bedeutung des künftigen 5G-Mobilfunknetzes für eine Fülle von Anwendungen macht es sehr viel mehr als bisherige Mobilfunktechnik zu einer „kritischen Infrastruktur“, also einer technischen Infrastruktur, über die wesentliche proprietäre Informationen übermittelt werden, Informationen, die wichtiges technisches Knowhow als geistiges Eigentum privater Unter-

nehmen enthalten ebenso wie schutzbedürftige Informationen öffentlicher Stellen, ja, von der letztlich das Funktionieren weiter Teile der gesamten Volkswirtschaft eines Landes abhängt. Zudem bietet die Beschaffenheit des 5G-Systems mit seinem wesentlich höheren Anteil an komplexer Software, die laufende Wartung und Updates erfordert, sehr viel mehr potentielle Angriffsflächen, gegen die wiederum softwarebasierte Sicherheitsbarrieren erforderlich sind.³ Entsprechend groß ist die Sorge davor, dass technische Komponenten ausländischer Hersteller diesen Zugriffe über geheime Software-„Hintertüren“ auf den Datenverkehr verschaffen oder ihnen gar Möglichkeiten zur Sabotage des Netzes verschaffen könnten. Das ist zunächst einmal ein grundsätzlicher Vorbehalt, unabhängig von bestimmten Lieferländern,⁴ der in der Abhängigkeit von auswärtigen Lieferanten eine potentielle Gefahr für die nationale Souveränität sieht. Er liegt damit konträr zum Konzept internationaler Arbeitsteilung, das ja gerade eine wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit aller von allen unterstellt, und würde bei konsequenter Befolgung auf eine faktische Autarkie bei allen irgendwie „kritischen“ Inputfaktoren hinauslaufen. Um diese Konsequenz bei kritischen Komponenten der Telekommunikationsinfrastruktur zu vermeiden, unterhalten alle größeren Staaten eigene Institutionen, in Deutschland das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die die Sicherheit der betreffenden Komponenten und der dazugehörigen Software auf Herz und Nieren prüfen. Das geschah und geschieht auch für die von Huawei angebotene 5G-Ausrüstung. In intensiven Überprüfungen in den letzten Jahren wurden weder in den USA, noch durch das BSI in Deutschland oder die entsprechenden Institutionen in Großbritannien (GCHQ) und Frankreich irgendwelche Hintertüren („back doors“) gefunden, wobei Huawei bei der Offenlegung des Quellcodes seiner 5G-Steuerungssoftware wesentlich entgegenkommender war als es etwa amerikanische Unternehmen wie Cisco oder Qualcomm sind. Ohnehin ist Huawei-Technik und Software bereits jetzt in größerem Umfang in den Telekommunikationsnetzen auch der USA, Deutschlands und anderer westlicher Länder präsent, von ihrer globalen Verbreitung ganz zu schweigen. Und die Zulassung von Huawei zu den westlichen

Märkten würde sicherstellen, dass die Produkte des Unternehmens dort auch weiterhin gründlichster Sicherheitsprüfung unterlägen, die beim Ausschluss von diesen Märkten nicht möglich wäre, auch wenn ansonsten das chinesische Unternehmen für eine Vielzahl anderer Länder die 5G-Netze bereitstellen würde.

Tatsächlich liegt, zumal aus Sicht der US-Nachrichtendienste, eher ein umgekehrtes Sicherheitsproblem beim Einsatz von Huawei-Technik in den 5G-Netzen anderer Staaten vor, wie der namhafte US-Ökonom Jeffrey Sachs anmerkt⁵: Sie würde es diesen Diensten wesentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen, ihrerseits durch „back doors“ die Kommunikation jener Staaten zu überwachen.

Die Politisierung der 5G-Beschaffung

Für konkrete Sicherheitseinwände gegen die Verwendung von Huawei-Technik beim Aufbau des 5G-Netzes gibt es mithin keinen Anlass. Das ändert allerdings nichts daran, dass sie *politisch* hoch umstritten ist. Politisch wird die Frage, mit welcher Netzwerktechnik und -software das künftige 5G-Mobilnetz aufgebaut werden soll, durch die schlichte Tatsache, dass Huawei ein *chinesisches* Unternehmen ist. Das ist zunächst erstaunlich. Schließlich galt China spätestens seit seiner Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO als eine eng in die Weltwirtschaft und ihre globalen Lieferketten eingebundene Wirtschaftsmacht. Mit der Zustimmung zur Aufnahme Chinas in die WTO verbanden die USA die Hoffnung auf seine Einordnung in die „westliche“ Weltwirtschaftsordnung als „responsible stakeholder“, wie es der damalige US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick formulierte, als verantwortungsvoller Teilhaber an der von den USA eingerichteten Weltwirtschaftsordnung.

Für China war der Beitritt zur WTO ein entscheidender Impuls für seinen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, mit einer Wachstumsdynamik, die auch durch die Rezession in den westlichen Industrieländern in den Jahren der Finanzkrise ab 2008 nicht beeinträchtigt wurde. Im Gegenteil: die hohen Wachstumsraten der Volksrepublik sorgten

gerade in den Jahren nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 für eine beträchtliche Importnachfrage; die Exporte nach China halfen vielen krisengebeutelten Ländern, gerade auch Deutschland, ganz wesentlich bei der Überwindung der Krise. Dass China darüber zur zweitgrößten Weltwirtschaftsmacht aufstieg, entspricht nur dem Potential dieser volkreichsten Nation der Erde. Und China hält sich dabei bislang weitgehend an das Modell, das die USA selbst mit ihrem Aufstieg zur führenden Weltwirtschaftsmacht schon vor, erst recht nach dem 2. Weltkrieg praktiziert haben: die ökonomische Durchdringung der Weltwirtschaft zunächst als Handels-Großmacht mit einem für Importe offenen riesigen Binnenmarkt und attraktiver Investitionsstandort für ausländisches Kapital, dann mit weltweitem Kapitalexport durch Kredite und Direktinvestitionen, also die weltweite wirtschaftliche Verflechtung durch Stiftung von ökonomischer Abhängigkeit anderer Länder.⁶

Im Resultat hat sich China einerseits zwar tatsächlich voll in die Weltwirtschaft integriert, ist zu einem zentralen Glied in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, den globalisierten industriellen Lieferketten geworden. Andererseits aber hat das Land nicht nur politisch die volle Kontrolle über seine Ökonomie behalten. Es hat seine beträchtliche Wirtschafts- und Finanzkraft auch durchaus für seine politischen Interessen instrumentalisiert. Beispiele dafür sind nicht nur die vielfachen Handels- und Kapitalbeziehungen Chinas, durch die es zum wichtigsten oder zweitwichtigsten Wirtschaftspartner für Staaten auf allen Kontinenten wurde. Vor allem die Belt and Road Initiative (BRI), auch Neue Seidenstraße genannt, unterstreicht den Anspruch Chinas, sich weltweit, vor allem aber auf dem eurasischen Kontinent, eine wirtschaftliche und damit letztlich auch politische Führungsrolle zu verschaffen. Dazu gehört, auch das eine Selbstverständlichkeit für eine Großmacht, der Aufbau militärischer Fähigkeiten, die die gestifteten Abhängigkeitsbeziehungen auch abzusichern in der Lage sind. Damit allerdings kollidiert China nicht mehr nur mit der US-geführten Weltwirtschaftsordnung mitsamt ihren Abhängigkeiten. Sondern die VR China wird darüber hinaus inzwischen von den USA ganz grundsätzlich als *der* strategische Herausforderer angesehen, gegen den es die eigene absolute – wirtschaft-

liche, technologische, militärische – Überlegenheit um jeden Preis zu verteidigen gilt.

Von ihrer Politik des „engagement“, wie sie nach Chinas Beitritt zur WTO praktiziert wurde, hatten sich die USA schon unter Trumps Vorgänger Obama verabschiedet. Unter der Präsidentschaft von Donald Trump sind sie zu einer Politik des aktiven „containment“, der Eindämmung von Chinas weltwirtschaftlichem Gewicht und Einfluss übergegangen.

Dafür sind der weitgehende Ausschluss von Huawei – als Käufer wie Verkäufer – vom amerikanischen Markt sowie die weltweite Kampagne der US-Diplomatie gegen eine Einbeziehung von Huawei in den Aufbau der nationalen 5G-Netze anderer Staaten derzeit das wichtigste Beispiel.

Chinas 5G-Vorsprung als strategische Herausforderung für die USA

Im amerikanischen Verständnis ist die Wahrung der weltweiten Technologie-Überlegenheit essentiell für die Sicherung der unanfechtbaren Vormachtstellung der USA.⁷ Sie sehen die USA durch den technologischen Vorsprung und die erreichte Weltmarktführerschaft von Huawei bei der künftigen 5G-Mobilfunktechnik exemplarisch bedroht. Als Ende 2018 in Vancouver Meng Wanzhou, die Finanzchefin von Huawei und Tochter des Unternehmensgründers Ren Zhengfei, aufgrund eines US-Haftbefehls wegen Beihilfe zur Verletzung der amerikanischen Iran-Sanktionen durch Huawei verhaftet wurde, galt das als Auftakt des amerikanischen Vorgehens gegen Huawei, wie es Michael Pillsbury, China-Experte am regierungsnahen Hudson Institute, formulierte: „Die Amerikaner werden ihre globale technologische Vorrangstellung nicht kampffrei preisgeben, und die Anklage gegen Huawei ist der Startschuss diesem Kampf.“⁸ Diesem Startschuss folgte im Mai 2019 die Anordnung, aus Gründen der nationalen Sicherheit dürften US-Technologiefirmen Huawei nicht mehr mit Hard- und Software beliefern – eine Anordnung, die auch extraterritorial für Lieferungen ausländischer Firmen an Huawei gilt, soweit diese einen Anteil von mehr als 25% amerikanischer Komponenten enthalten. Umgekehrt ist

Huawei bzw. sind Produkte mit Huawei-Komponenten auch von Lieferungen an amerikanische öffentliche Auftraggeber ausgeschlossen worden. Und auch alle Forschungskooperationen Huaweis mit amerikanischen Einrichtungen sind inzwischen verboten worden.

Der damit beschlossene Ausschluss Huaweis vom amerikanischen Markt entspricht dem extrem China-kritischen Kurs von Peter Navarro, dem Direktor für Handel und Industriepolitik und Leiter des National Trade Council im Weißen Haus, der um der „wirtschaftlichen Sicherheit“ der USA willen für eine weitgehende Zerschlagung der chinesisch-amerikanischen Lieferketten eintritt, also für eine tendenzielle Abkoppelung („decoupling“) der US-Industrie von China.

Auch wenn die Position von Navarro allgemein als extrem gilt, wird ihr prinzipieller Ansatz, um der Sicherung amerikanischer Technologieüberlegenheit China durch „decoupling“ vom Zugang zu amerikanischer Hochtechnologie vor allem der IT-Industrie, aber auch vom amerikanischen Absatzmarkt auszuschließen, auch im US-Kongress weitgehend geteilt, für den die Verhinderung des Aufstiegs Chinas zu einer auch technologisch den USA ebenbürtigen Weltmacht höchsten Stellenwert hat. Als Präsident Trump im weiteren Verlauf des Jahres 2019 das Lieferverbot für amerikanische Technologieunternehmen an Huawei mehrfach befristet aussetzte und damit erkennen ließ, dass es für ihn keine prinzipielle Frage der nationalen Sicherheit ist, sondern lediglich ein Faustpfand in den Verhandlungen mit China über einen vorteilhaften Handels-„Deal“, erntete er im Kongress, nicht nur von demokratischer Seite, sondern auch von mehreren seiner eigenen Parteifreunde heftige Kritik. Nicht zuletzt hat der Präsident durch diesen verhandlungstaktischen Umgang mit einem Thema, das im Kongress als zentrale Frage der nationalen Sicherheit gilt, auch die Position der amerikanischen Diplomatie unter Außenminister Pompeo geschwächt. Diese legt seit Beginn des Jahres 2019 nicht nur den Verbündeten, sondern auch anderen „befreundeten“ Staaten nachdrücklich nahe, beim Aufbau ihrer 5G-Netze auf Huawei-Technik zu verzichten, mit begrenztem Erfolg: Nur Australien, Neuseeland und Japan haben bislang beschlossen, Huawei vom Aufbau ihrer 5G-Netze vollständig auszuschließen.

Es bleibt allerdings die Frage, ob „decoupling“, sei es auch nur für Huawei und die IT-Technikbranche, und das heißt de facto ein „Kalter Krieg auf dem Feld der Technologie“⁹, überhaupt ein praktikables Konzept ist. Das wird gerade in den USA heftig diskutiert.¹⁰ Nicht zuletzt die amerikanische IT-Industrie stellt sich gegen dieses Konzept – und das nicht nur, weil sie damit einen bedeutenden Absatzmarkt sowie einen günstigen Fertigungsstandort für ihre Produkte verlöre. Auch könne es einer amerikanischen technologischen „decoupling“-Politik schlechthin nicht gelingen, Huawei vom Weltmarkt auszuschließen. Immerhin hat das Unternehmen bereits jetzt in 65 Ländern der Welt, davon fast die Hälfte in Europa, mit dem Aufbau von 5G-Netzen begonnen oder diesen vertraglich vereinbart und gewinnt weiter Marktanteile mit seinen erfolgreichen Smartphones¹¹. Vor allem aber warnt die US-Industrie vor einer mit „decoupling“ einhergehenden potentiellen Lähmung des Wettbewerbs und damit des Innovationsprozesses in ihrer Branche einerseits, einem enormen zusätzlichen Impuls für die von China forcierte eigenständige Technologieentwicklung im Rahmen seines industriepolitischen Programms „Made in China 2025“ andererseits. Durch Huaweis Vorsprung bei der Entwicklung der 5G-Technik und den laufenden zügigen Aufbau von 5G-Netzen in China und anderen Staaten, die Huaweis 5G-Technik zulassen, wird es bereits jetzt Unternehmen ermöglicht, sich einen Wettbewerbsvorsprung bei auf 5G beruhenden Anwendungen zu verschaffen.

Doch solche Erörterungen gehen an der inzwischen erreichten höchsten Ebene des „Kalten Technologie-Krieges“ zwischen den USA und China vorbei. Längst hat das „Framing“ zu einer Frage von „Gut“ gegen „Böse“ eingesetzt, die immer mehr an den Kalten Krieg mit der Sowjetunion erinnert, als es um den Kampf der „freien Welt“ gegen das „Reich des Bösen“ (US-Präsident Ronald Reagans „empire of evil“) ging.

Auf dieser Ebene geht es nun um die Frontstellung gegen die von der Kommunistischen Partei beherrschte „autoritäre Macht“ China, die per Gesetz alle Unternehmen verpflichtet, den staatlichen Behörden Zugang zu der über ihre Technik laufenden Kommunikation einzuräumen¹². Aber natürlich ist nicht der autoritäre Charakter des chi-

nesischen Herrschaftssystems das Problem, sonst hätten die USA auch mindestens ebenso autoritäre Staaten wie Saudi-Arabien zu ihren Gegnern erklärt. Es ist vielmehr die Tatsache, dass es um *China* geht, einen mächtigen Staat, dessen Regierung sich dem Grundprinzip des amerikanischen globalen Führungsanspruchs entzieht, dass es sich für keinen Staat lohnen soll, sich gegen die Interessen der USA zu stellen. Stattdessen bestreitet China recht offensiv den Überlegenheitsanspruch der USA. So ist dann auch die Kritik an den in China nicht gewährleisteten Menschenrechten, vor allem auf freie Meinungsäußerung, einzuordnen: Könnten die Menschen in China nur frei ihre politische Meinung äußern und in freien Wahlen zur Geltung bringen, würden sie ganz von selbst darauf verzichten, sich gegen die USA zu stellen, vielmehr dafür sorgen, dass eine frei gewählte chinesische Regierung sich aus eigenem Interesse dem amerikanischen Führungsanspruch unterwirft.

Ironischerweise gibt die chinesische Regierung dieser Sichtweise indirekt recht. Nach Jahren relativer Liberalität, in denen es durchaus möglich war, zumindest im Internet Kritik an Regierungsinstitutionen und -personen zu üben, hat sich mit dem Amtsantritt von Xi Jinping als Generalsekretär der KPCh 2012 und dem konsequenten Ausbau seiner Machtstellung in den folgenden Jahren – parallel zu der bereits unter Obama eingeleiteten konfrontativeren Chinapolitik der USA – in China wieder ein sehr viel repressiverer Kurs durchgesetzt. Und der wird durch die wachsende strategische Rivalität mit den USA eher gestärkt; jede Opposition wird, ob zu Recht oder nicht, als von den USA angestachelt angesehen, wie sich am Vorgehen gegen die Minderheit der Uiguren ebenso zeigt, wie an der verschärften Verfolgung von Dissidenten und der von China gestützten Härte der Regierung Hong Kongs gegenüber den Protesten und Demonstrationen des Jahres 2019.

Und so liefert China immer neue Munition für den Vorhalt, dass jede Technik aus diesem neuen „Reich des Bösen“ selbst als verwerfliches Instrument prinzipiell böser Absichten zu gelten hat.

Von der Frage „wie sicher ist ein unter Verwendung von Huawei-Ausrüstung aufgebautes 5G-Netz?“ hat sich die politische Debatte damit sehr weit entfernt.

Europa – zwischen den Stühlen oder eigenständiger Akteur zwischen den Rivalen?

Die USA setzen ihre europäischen Verbündeten massiv unter Druck, sich ihrer „decoupling“-Politik gegenüber China, vor allem beim Einsatz von Huawei-Technik in den neuen 5G-Netzen, anzuschließen. Die Warnungen vor den damit verbundenen Sicherheitsrisiken – die auch die US-Behörden bislang nicht substantiieren können, aber in fantasievollen Bedrohungsszenarien ausmalen¹³ – werden ergänzt durch Drohungen für den Fall eines Einsatzes von Huawei-Technik im 5G-Netz. An die Adresse Großbritanniens: es müsse mit dem Ausschluss aus der engen „five eyes“-Kooperation der fünf angelsächsischen Nachrichtendienste rechnen.¹⁴ Und ein vorteilhaftes Handelsabkommen mit den USA gäbe es dann auch nicht. An die Adresse Polens: an den Aufbau eines „Fort Trump“ im Land mit ständiger Stationierung von US-Truppen sei in dem Fall nicht zu denken. An die Adresse Deutschlands: ein Informationsaustausch der Nachrichtendienste sei nicht mehr möglich, auch die weitere Stationierung von US-Truppen stehe dann in Frage.

Die Bundesregierung und die meisten anderen EU-Staaten wie auch die EU-Kommission selbst versuchen, diese Wendung ins Prinzipielle der Großmachtrivalität USA-China als „Kampf Gut gegen Böse“ nicht mitzumachen, stattdessen auf der Ebene leistungsfähiger und sicherer 5G-Mobilfunktechnik zu bleiben. Vor allem wird deutlich gemacht, dass es Sache der Europäer selbst ist, das Sicherheitsrisiko zu beurteilen, das von der Verwendung EU-fremder Mobilfunkausrüstung beim Aufbau und Betrieb des 5G-Netzes ausgeht, man nicht bereit ist, sich der prinzipiellen strategischen Frontstellung der USA gegen China und Huawei und ihrer „Decoupling“-Politik zu unterwerfen.¹⁵ Die EU-Kommission verabschiedete im März 2019 eine „Empfehlung zur Cybersicherheit der 5G-Netze“¹⁶, auf deren Grundlage im Oktober 2019 eine koordinierte Sicherheitsbewertung der Mitgliedstaaten und der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) vorgelegt wurde.¹⁷ Die Bundesregierung bemüht sich derweilen darum, den Eindruck zu vermitteln, die diskutierten verschärften Sicherheitsanforderungen an die

beim Aufbau der 5G-Netze zum Einsatz kommende Technik seien herstellerneutral, nicht gegen Huawei gerichtet. Das ist nicht leicht. Denn auch innenpolitisch wächst der Druck. Während in den Unionsparteien bislang nur eine Minderheit unter Führung von Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, für einen expliziten Ausschluss von Huawei eintritt, gibt es hierzu in den Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen eine sehr viel eindeutiger Position pro Huawei-Ausschluss.

Ein expliziter Ausschluss der Huawei-Technik vom Aufbau des 5G-Netzes hätte allerdings auf zwei Ebenen gravierende wirtschaftliche Folgen für Deutschland wie auch für die anderen EU-Staaten. Zum einen wäre er extrem kostspielig, würde zu Netzausfällen auch im bestehenden, zu einem großen Teil auf Huawei-Technik basierenden LTE-(4G-)Netz führen und würde die Einführung von 5G um Jahre verzögern.¹⁸ Damit wären zahlreiche europäische Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, einschließlich vieler junger Unternehmen mit ihren Entwicklungen auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz, an der Einführung und Durchsetzung ihrer auf 5G beruhenden Angebote auf dem europäischen wie internationalen Markt gehindert, während chinesische Anbieter auf diesem Gebiet die Märkte aufrollen und die Standards setzen. Zum zweiten aber würde ein solcher Ausschluss von China – wohl nicht zu Unrecht – als Einschwenken der betreffenden Staaten auf die amerikanische „Decoupling“-Politik der Blockierung eines weiteren chinesischen Aufstiegs aufgefasst und, wie bereits angedroht, mit erheblichen Beschränkungen für europäische Unternehmen in China beantwortet werden. Und da die handels- und kapitalmäßige Verflechtung mit China für die deutsche Industrie noch sehr viel mehr Gewicht hat als für die der USA, der immer noch wachsende chinesische Markt für deutsche Unternehmen in einem insgesamt seit der Finanzkrise eher stagnierenden weltwirtschaftlichen Umfeld unverzichtbar ist, wären die Folgen einer derart eingeleiteten Entflechtung zwischen China und Deutschland für Wachstum und Beschäftigung gerade in Deutschland vermutlich dramatisch.¹⁹

Die meisten anderen EU-Staaten, darunter auch Frankreich und Italien, haben sich gegen einen Ausschluss von Huawei beim Aufbau ihrer

5G-Netze ausgesprochen. 12 ost- und südosteuropäische EU-Staaten und Italien haben ohnehin mit China Absichtserklärungen (MoUs) zur Beteiligung an Chinas BRI-Initiative geschlossen, in der Hoffnung auf substantielle chinesische Investitionen in ihre Infrastruktur.²⁰ Ein EU-weiter Konsens über den Ausschluss von Huawei aus der Errichtung der 5G-Netze ist damit denkbar unwahrscheinlich. Sinnvoller ist es sicherlich, die laufenden Verhandlungen der EU mit der VR China über ein Investitionsabkommen zu beschleunigen. Der Druck der USA auf China und seine Technologieindustrie könnte hier der EU einen beträchtlichen Hebel geben, solange sie sich den amerikanischen Decoupling-Forderungen verweigert.

Gleichwohl hat, wie die angesprochenen EU-Initiativen bereits zeigen, anlässlich der manifest gewordenen bisherigen Dominanz von Huawei bei der 5G-Technik in Deutschland und der EU insgesamt ein klares Umdenken in zwei Zeitdimensionen eingesetzt: Kurzfristig soll eine größtmögliche Diversifizierung der Ausrüstungslieferanten unter Einbeziehung der beiden europäischen Unternehmen Ericsson und Nokia erreicht sowie Huawei zumindest von bestimmten besonders kritischen Kernbereichen des künftigen 5G-Netzes ausgeschlossen werden. Und längerfristig soll die Entwicklung der eigenen Telekommunikationstechnik, für 5G und zukünftige weitere Mobilfunkgenerationen zu einer zentralen Aufgabe europäischer Industriepolitik gemacht und entsprechend auch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, um in Zukunft nicht mehr zwischen die kollidierenden Weltmächte USA und China zu geraten. Die „digitale Souveränität“ der EU, die in der Huawei-Debatte zum Schlagwort geworden ist, wird sich nicht ad hoc per Parlamentsbeschluss zum Ausschluss von Huawei beim Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes erreichen lassen. Aber als mittelfristiges Ziel ist sie in einer Welt der von den USA betriebenen De-Globalisierung mit sich gegeneinander stellenden geoökonomischen Blöcke um so entschiedener anzustreben.

Anmerkungen

1 In der innenpolitischen Debatte in Deutschland und einigen anderen EU-Staaten wird anlässlich des erforderlichen Netzausbaus,

der Errichtung neuer Mobilfunksendemasten, verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob „wir“ das 5G-Netz überhaupt brauchen. Diese Frage kann man sich stellen, man sollte sich dabei allerdings klar sein, dass man damit nicht weniger als die „Systemfrage“ stellt. Ohne 5G-Netze würde die deutsche Industrie binnen weniger Jahre ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit ihre Profitabilität verlieren, wäre Deutschland kein attraktiver Kapitalstandort mehr, müssten mithin Beschäftigung und Lebensunterhalt der Bevölkerung anders organisiert werden als durch die Arbeit für konkurrenzfähige private Unternehmen.

2 Amerikanische IT-Unternehmen haben bislang keine 5G-Ausrüstung im Angebot, da die für den wirtschaftlich rentablen Aufbau eines 5G-Netzes erforderlichen Frequenzbereiche in den USA militärischer Nutzung vorbehalten sind. Vgl. U.S. Lags In the Race For 5G Edge, New York Times, 2.7.2019, Section B, Page 1.

3 Einen guten Überblick über Technik und Sicherheitsprobleme der 5G-Netze bietet die von der EU-Kommission veranlasste Risikobewertung durch IT-Sicherheitsexperten der Mitgliedstaaten unter Federführung der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA): NIS Cooperation Group, EU coordinated risk assessment of the cybersecurity of 5G networks report, 9.10.2019, https://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc_id=62132.

Ironischerweise gibt es bei der künftigen 5G-Netztechnik aber noch ein anderes Sicherheitsproblem. Durch ihre spezielle besonders sichere Authentifizierungstechnik bei der Anmeldung einzelner Geräte im Netz ist es für staatliche Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste sehr viel schwieriger, Geräte und ihre Verbindungen zu überwachen. Vgl. „Neuer Mobilfunkstandard. Ist 5G zu sicher für die Ermittler?“, Tagesschau.de, 6.11.2019.

4 So hat Deutschland in den letzten Jahren einige Erfahrungen machen müssen mit systematischem staatlichem Abhören seiner Regierungskommunikation sowie der Störung wichtiger Energieinfrastrukturinvestitionen (Nord-

- stream 2) durch Sanktionen seitens einer fremden Macht. Und diese Macht war nicht die VR China.
- 5 Jeffrey D. Sachs, *America's War on Chinese Technology*, 7.11.2019, <https://www.jeffsachs.org/blog/yerarelxk57fd796rya8ktrhs7xx>. Vgl. dazu auch „5G-Streit – Die Huawei-Heuchelei“ Spiegel.de 9.2.2020.
 - 6 Vgl. Jens van Scherpenberg, *Chinas Weg zur weltwirtschaftlichen Ordnungsmacht*, GWP 1/2016, S. 23-30.
 - 7 Dieser Abschnitt stützt sich teilweise auf die ausgezeichnete Studie von Peter Rudolf, *Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt*, Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik), SWP-Studie 23, Oktober 2019, insbesondere S. 27ff. (Zur technologischen Dimension).
 - 8 Zit. nach: „Huawei and Top Executive Face Criminal Charges in the U.S.“, *New York Times*, 28.1.2019.
 - 9 Vgl. „Huawei v the US: Trump risks a tech cold war“, *Financial Times* (ft.com), 24.5.2019.
 - 10 Vgl. etwa Stephen S. Roach, *The Myth of Global Decoupling*, Project Syndicate, 3.1.2020, <https://www.project-syndicate.org/onpoint/the-myth-of-global-decoupling-by-stephen-s-roach-2020-01>
 - 11 „Huawei breaks free from Trump's tech trap. Far from being hobbled, the Chinese company is winning with 5G“, *Nikkei Asian Review* 5.12.2019; <https://asia.nikkei.com/Spotlight/Comment/Huawei-breaks-free-from-Trump-s-tech-trap>
 - 12 Die gleichartigen Rechtsvorschriften in den USA und anderen westlichen Staaten sind selbstverständlich auf dieser grundsätzlichen Ebene von „gut und böse“ nicht dasselbe, wie der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell mit größter moralischer Empörung klarstellte, als Bundeswirtschaftsminister Altmaier an das Abhören deutscher Regierungskommunikation durch die amerikanische NSA erinnerte. S. „Botschafter Grenell wirft Bundesregierung Beleidigung von US-Soldaten vor“, *Der Spiegel*, 25.11.2019.
 - 13 „US warns Boris Johnson over Huawei risks to UK citizens' secrets“, *Financial Times* (ft.com), 24.12.2019. Die hier zitierten, von Robert O'Brien, dem Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten, geäußerten Sicherheitsbedrohungen für jeden einzelnen Bürger durch mögliche Datenabschöpfung Chinas über ein Huawei-5G-Netz dürften eher dem Wissen über die Fähigkeiten amerikanischer Sicherheitsdienste entspringen als konkreten Hinweisen auf chinesische Absichten.
 - 14 Diese Drohung wird allerdings durch Vertreter der Nachrichtendienst des Vereinigten Königreichs als angesichts der seit 75 Jahren eingespielten engen Zusammenarbeit der „Five-Eyes“-Dienste als wenig glaubhaft bezeichnet. S. „US intelligence threats to Britain 'not realistic', say spies. Co-operation for 75 years more important than 'hamfisted' warnings“, *Financial Times* (ft.com), 31.5.2019.
 - 15 Diese Haltung entspricht der Position der EU zur Energiesicherheit Europas als eine Sache der EU, nicht der USA, wie sie am Fall Nordstream 2 deutlich wurde. Vgl. Jens van Scherpenberg, *Nord Stream 2 und die Energiesouveränität Europas*, GWP 1/2019, S. 41-48.
 - 16 Empfehlung (EU) 2019/534 der Kommission vom 26. März 2019, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019H0534&from=EN>.
 - 17 S. Anm. 3.
 - 18 „Ein deutscher Huawei-Verzicht hätte dramatische Folgen“, *Die Welt*, 3.1.2020.
 - 19 Vor entsprechenden Konsequenzen für deutsche Unternehmen in China, die schließlich seit vielen Jahren hohe Gewinne in China erzielt hätten, sowie für den Handel anderer EU-Staaten, aber auch Großbritanniens mit China, warnen inzwischen chinesische Diplomaten, die damit die diplomatische Offensive der USA zu kontern versuchen. Vgl. „Chinese experts warn Germany, EU to weigh 5G issue carefully. China to not 'sit idle' if Europe rebuffs Huawei“, *Global Times*, 6.1.2020.
 - 20 Vgl. Maaike Okano-Heijmans und Tomoki Kamo, *Engaging but not endorsing China's Belt and Road Initiative*, Den Haag (Clingendael Policy Brief), Mai 2019.